



**Sitzung des Vorstandes  
der Union der Sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas (USKRE)  
am Samstag, dem 02. Dezember 2006**

**RESOLUTION**

**"Zuwanderungs- und Integrationspolitik"**

**Präambel**

Bereits anlässlich der Sitzung in Mataro am 29. Juni 2002 hat die USKRE eine erste Resolution bezüglich der „Zuwanderungs- und Integrationspolitik: Chancen und Herausforderungen für die Kommunen“ angenommen.

Mehr als vier Jahre später, wenn auch gewisse Fortschritte hinsichtlich der gemeinschaftlichen Politik verzeichnet werden konnten, ist dieses Thema wichtiger denn je und die Erweiterung hat dem noch zusätzliche Dimensionen hinzugefügt. Viele Kommunen sehen sich mit noch massiverer Zuwanderung konfrontiert, welche ein außerordentlich schwerwiegendes Problem für sie darstellt. Die Ursachen in den Ursprungsländern sind vielfältig: klimatische und wirtschaftliche Schwierigkeiten, immer wiederkehrende interne Konflikte, totalitäre politische Regimes – aber auch die Nachfrage nach externen Arbeitskräften in mehreren Ländern der Europäischen Union.

Dieser werden in der Tat sowohl die bedeutenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen immer bewusster, die sich aus dieser demographischen Entwicklung ergeben, der sie ausgesetzt ist, als auch die Rolle, die die Zuwanderung als Antwort auf diese Herausforderung spielen kann.

**Die Entwicklung der europäischen Politik**

Die Referenz in Fragen der Politik der Zuwanderung und der Integration ist nach wie vor die Sitzung des Europäischen Rats in Tampere im Oktober 1999, bei welcher die Mitgliedsstaaten aufgerufen wurden, eine Zuwanderungspolitik und gemeinsame Standards, die im Einklang mit der Achtung der Menschenwürde und den folgenden Punkten stehen, aufzustellen:

- ein umfassendes Zuwanderungskonzept mit einer geregelten Steuerung der Migrationsströme
- Achtung des Asylrechts und des Flüchtlingsstatus
- Achtung der Rechte von Minderheiten, Frauen und Kindern
- Schaffung von Arbeitsplätzen und Armutsbekämpfung bei den Migranten
- energische Integrationsmaßnahmen und Intensivierung des Kampfes gegen Rassismus und Diskriminierung
- Bedarf einer Partnerschaft mit den Herkunftsländern zur Förderung einer gemeinsamen Entwicklung

Seither sind einige Fortschritte erzielt worden, unter anderem:

- Richtlinien zur Anerkennung der Rechte der Immigranten im Normalfall, insbesondere das Recht auf Familienzusammenführung
- die Schaffung eines soliden rechtlichen Rahmens, bestehend aus anti-diskriminierenden Anordnungen, die insbesondere zum Vorteil von Zuwanderern und ethnischen Minderheiten eine wichtige Rolle einnehmen.

Um die Abstimmung der Integrationspolitik zu verbessern, wurde ein Netz aus europäischen Kontaktstellen aufgebaut und ein Handbuch über die Best Practices im Jahre 2004 herausgegeben, die Neuauflage ist für das Jahr 2007 geplant.

Die effiziente Integration der Immigranten auf dem Arbeitsmarkt wurde als wichtiges Element anerkannt, um die in Lissabon gesteckten Ziele zu erreichen, und wurde erneut in den überarbeiteten Anordnungen hervorgehoben.

Die neuen Regelungen der Strukturfonds 2007-2013, insbesondere der Europäischen Sozialfonds, widmen diesem Aspekt der Integration eine besondere Aufmerksamkeit; darüber hinaus ist die Schaffung eines spezifischen europäischen Fonds geplant.

In der letzten Zeit haben sich die Kontakte mit den Ursprungs- und Durchgangsländern verstärkt, mit dem Ziel, die Zuwanderungsströme und die Handlungsperspektiven der gemeinsamen Entwicklung zu diskutieren (Konferenzen von Rabat und Tripolis).

Die jüngste informelle Sitzung von Tampere hat jedoch keine bedeutenden Fortschritte gebracht. Die Mitgliedsstaaten müssen unbedingt größere Anstrengungen unternehmen, um zu einem Übereinkommen bezüglich der integrierten Verwaltung der äußeren Grenzen, der Steuerung der Zuwanderungsströme, des Kampfes gegen illegale Zuwanderung, der Integrationspolitik und der Umsetzung der Abkommen mit den Ursprungs- und Durchgangsländern zu gelangen.

### **Die Rolle der lokalen Gebietskörperschaften und die Position der sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker**

Ansichts der Dringlichkeit der Sachlage und der Langsamkeit der Antworten durch die Institutionen, erinnern die in Lleida versammelten sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker daran, dass die Asyl- und Zuwanderungspolitik zwar nicht in die direkte Zuständigkeit der lokalen Gebietskörperschaften fällt, dass diese jedoch direkt und bisweilen in dramatischer Weise die Konsequenzen der mangelnden Funktionalität zu spüren bekommen und dass nur der Aufbau einer realen europäischen Asyl- und Zuwanderungspolitik, die sich auf eine enge Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ebenen – europäisch, national, regional und lokal – stützt, die Umsetzung der lokale Aufnahme- und Integrationspolitik in menschenwürdiger und effizienter Weise ermöglicht.

Sie teilen die von der Kommission in ihrer Mitteilung „Gemeinschaftliches Integrationsprogramm“ vom September 2005 unterbreiteten Sichtweisen, insbesondere die Erinnerung an den Respekt der Grundsätze der Union.

Sie unterstreichen, dass der deutlichste Impuls und der Verwaltungsaufwand für die Umsetzung dieser Aufgaben in die Hände der lokalen oder regionalen Behörden gelegt wird, wenn die Verantwortung für die Förderung der Integration zwischen allen Institutionen und dem sozialen Netz getragen werden muss: Die zentrale Rolle des Ausbildungssystems ab dem frühesten Kindesalter, der Spracherwerb, der Zugang zur Arbeitswelt als Schlüsselfaktor der Integration sowie die Förderung des interkulturellen Dialogs.

Der gleichberechtigte Zugang von Staatsbürgern und Zuwanderer zu den Institutionen und den öffentlichen Dienstleistungen sowie die Verbesserung ihrer Lebensumstände erfordern eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsebenen, um die Aufgaben der Bürgerdienste (Unterbringung, Gesundheit, Sozialleistungen) an die Erfordernisse anzupassen und zu vermeiden, dass jene für eine mögliche Verschlechterung dieser Dienste verantwortlich gemacht werden. Dies beinhaltet, dass die lokalen Behörden über die nötigen Kompetenzen und Ressourcen verfügen können.

Die in Lleida versammelten sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker erinnern an ihr Versprechen, auf lokaler Ebene alles daran zu setzen, um die Bedingungen für eine gute Aufnahme- und Integrationspolitik zu schaffen. Den Werten der Toleranz und des gegenseitigen Respekts verpflichtet, verurteilen sie auf das Schärfste sämtliche rassistischen und ausländerfeindlichen Äußerungen und verpflichten sich, den interkulturellen Dialog voranzutreiben. Überzeugt von dem Gedanken, dass das Teilhaben am demokratischen Prozess eine Garantie für die Integration als Bürger darstellt, wünschen sie, dass in ganz Europa das Kommunalwahlrecht für ausländische Mitbürger eingeführt wird.

Sie möchten den Austausch der Best Practices zwischen ihnen fördern, indem insbesondere die neue Zielsetzung der territorialen Zusammenarbeit bezüglich der Strukturfonds verfolgt wird, und unterstreichen, dass ihre Gemeinschaften durch den Aufbau lokaler Partnerschaften einen wichtigen Beitrag zum Erfolg dieses Projekt der Zusammenarbeit mit dem Ursprungsland leisten können.

Angesichts des Kongresses des SPE, der in wenigen Tagen in Porto abgehalten werden wird, haben die sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitiker ihre europäischen Parteien aufgerufen, sich die Erfahrungen der Kommunal- und Regionalpolitiker zu Nutze zu machen, die sie ihnen gerne zur Verfügung stellen, um die Vorschläge bezüglich der Zuwanderung und der Integration zu bereichern und zu konkretisieren.